

# LAND TAGS KURIER

Save the date!  
Tag der  
offenen Tür  
2.10.2016



Seite 4:  
Digitale Offensive  
durch Breitbandausbau  
für Sachsens Zukunft



Seite 12:  
TTIP – Chancen und  
Risiken transatlantischen  
Freihandels



Seite 14:  
Verleihung der  
Verfassungsmedaille an  
verdienstvolle Bürger

Ausgabe  
5.16



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

zu Beginn der 36. Sitzung des Sächsischen Landtags am 22. Juni 2016 habe ich an den Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion erinnert. Vor 75 Jahren entfesselte das nationalsozialistische Deutschland gegenüber der Sowjetunion einen Vernichtungskrieg, der das Land über 20 Millionen Menschenleben kostete, unermessliches Leid brachte und in dem unvorstellbare Verbrechen begangen wurden. Angesichts eigener Schuld gilt es an die Lehren zu erinnern, die das auch mithilfe der Sowjetunion wiedervereinigte Deutschland aus der Geschichte gezogen hat. Zu diesen Lehren gehört, dass der Frieden in Europa heute auch und besonders durch ein gutes Verhältnis und partnerschaftliches Miteinander zwischen Deutschland und Russland gesichert wird.

In einer globalisierten Welt brauchen Deutschland und die Europäische Union friedliche und partnerschaftliche Beziehungen nach Ost und nach West. Dabei wird es immer sowohl Befürworter als auch Kritiker geben. Das ist zuletzt vor dem Hintergrund der zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika verhandelten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, wieder deutlich geworden. Die Risiken und Chancen des transatlantischen Freihandels wurden auf meine Einladung hin am 7. Juni 2016 im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« diskutiert und in der vorliegenden Ausgabe des Landtagskuriers für Sie dokumentiert.

Themen, die Sachsen und die Fraktionen im Sächsischen Landtag gegenwärtig bewegen, spiegeln sich in den Aktuellen Debatten der Landtagssitzungen vom 22. und 23. Juni 2016 wider. Dabei reicht das Themenspektrum von der Digitalen Offensive Sachsen über die Perspektiven für die Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen und die Finanzierung der Braunkohle-Folgekosten bis hin zum Deutsch-Polnischen Jugendwerk, das in diesem Jahr sein 25-jähriges Jubiläum feiert.

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk steht für ein Vierteljahrhundert gelebte Versöhnung. Es bildet eines der gelungenen Beispiele dafür, wie auf dem Wege des Jugendaustausches zwischenmenschliche Begegnungen und der gemeinsame Blick in die Geschichte als Grundlagen einer nachhaltigen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit Leben erfüllt werden können.

Dr. Matthias Rößler  
Präsident des Sächsischen Landtags

## PLENUM

36. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Wir gestalten Sachsens Zukunft</b> CDU und SPD: Digitale Offensive durch Breitbandausbau und WLAN-Reform .....	4
Hintergrundinformationen zur <b>Digitalen Offensive Sachsen</b> .....	6
36. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Experimente beenden!</b> DIE LINKE: Vertrauen in die Porzellan-Manufaktur Meissen wiederherstellen .....	7
37. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Gelebte Versöhnung</b> Abgeordnete würdigten 25 Jahre Deutsch-Polnisches Jugendwerk .....	8
37. Sitzung des Sächsischen Landtags <b>Sicherheiten einfordern!</b> GRÜNE: Verursachergerechte Finanzierung der Braunkohle-Folgekosten absichern .....	10

## AKTUELLES

»TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels« Vortrag und Diskussion bei Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus am 7. Juni 2016 .....	12
<b>Sächsische Verfassungsmedaille 2016 verliehen</b> Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler ehrte sechs Persönlichkeiten .....	14
<b>Sachsens Eingebürgerte zwischen Freiheit und Verantwortung</b> .....	16
<b>Volldampf voraus für Kinder und Jugendliche</b> Sonderfahrt mit der Traditionslok »I K Nr. 54« durch den Löbnitzgrund .....	18
<b>Die Vereinigung der Ehemaligen on Tour</b> .....	19

## EIN TAG MIT ...

<b>Ein Tag mit Mario Pecher</b> Vorsitzender des Innenausschusses und Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses .....	20
--	----

## GESCHICHTE

<b>Von Spucknäpfen und Nachttöpfen</b> Das Inventar des Landtags von 1844 .....	22
--	----

## SERVICE

Weitere Informationen .....	24
-----------------------------	----

// Titelmotiv: Verleihung der Sächsischen Verfassungsmedaille am 25. Juni 2016  
Foto: R. Deutscher

# Breitbandausbau forcieren Tradition stärken Versöhnung leben



Foto: S. Giersch

// In der 36. Sitzung des Sächsischen Landtags am 22. Juni 2016 bildete eine von CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte zur Initiative »Digitalen Offensive Sachsen« den ersten Tagesordnungspunkt. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde in der 2. Aktuellen Debatte der 36. Sitzung über die Porzellan-Manufaktur Meissen und deren künftige Ausrichtung diskutiert. In der 37. Sitzung des Landtags am 23. Juni 2016 wurde auf Antrag von CDU und SPD und aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes über die Stärkung des internationalen Jugendaustausches debattiert. //



# Wir gestalten Sachsens Zukunft

CDU und SPD: Digitale Offensive durch Breitbandausbau und WLAN-Reform

Uwe Nösner

// Den ersten Tagesordnungspunkt der 36. Sitzung des Sächsischen Landtags am 22. Juni 2016 bildete die Aktuelle Debatte zur Digitalen Offensive Sachsen. Durch Breitbandausbau und infolge der Reform der Störerhaftung bei öffentlichem WLAN wollen die Antragsteller CDU und SPD Sachsens Zukunft gestalten. Lesen Sie dazu auch die Hintergrundinformationen auf Seite 6. //

Deutschland, so Lars Rohwer, CDU, sei beim Ausbau der digitalen Entwicklung nur Mittelmaß. Besonders deutlich werde dies aus seiner Sicht, wenn man sich die WLAN-Hotspots anschau. Von diesen habe Deutschland rund 15.000, das viel kleinere Taiwan aber doppelt so viele. Der Grund hierfür sei, dass es bisher wegen einer unklaren Rechtslage große Haftungsrisiken für die Anbieter von WLAN-Zugängen gegeben habe. Wenn auf Bundesebene die Entscheidung gegen die

Störerhaftung getroffen worden sei, dann bleibe es die Angelegenheit des mündigen Bürgers, wie er das Netz nutze und wie er sich vor Angriffen anderer auf seine Internetnutzung schütze. Das setze aber die Befähigung der Menschen zu sicherer Nutzung des Netzes voraus. Deshalb müsse in der Diskussion um das neue Schulgesetz für den Freistaat Sachsen auch das Thema digitale Bildung ins Auge gefasst werden. Es gehöre in dieses Schulgesetz hinein.

## Ambitionierte Ziele

Holger Mann, SPD, betonte, dass sich seine Fraktion ambitionierte Ziele für den Ausbau des schnellen Internets gestellt habe. Sie wolle flächendeckend für Breitband-Internetanschlüsse sorgen, gerade dort, wo die Telekommunikationsunternehmen Gemeinden unversorgt gelassen hätten. Sachsen habe viel aufzuholen. Deshalb stelle sich die Koalition diesen Zielen und schaffe dafür mit der Förderung des Ausbaus in Verantwortung von Wirtschaftsminister Martin Dulig die Voraussetzungen. Der Zugang zur digitalen Infrastruktur werde die Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts sein. Zugleich gab der Sprecher für Digitalisierung

und Technologie seiner Freude darüber Ausdruck, dass durch Bundesgesetz jetzt frei zugängliche WLANs einfacher und rechtssicher betrieben werden könnten. Für viele Menschen bedeute dies einen kostengünstigeren Zugang zum Internet und eine bessere Teilhabe am digitalen Leben.

## Sonntagsreden

Wie Nico Brünler, DIE LINKE, erklärte, komme der Ausbau der digitalen Infrastruktur in Sachsen trotz aller Sonntagsreden nicht wirklich voran. Das betreffe auch die Errichtung eines Netzes öffentlich zugänglicher WLAN-Hotspots. Deren bisherige Förderung an touristisch

relevanten Orten sei allenfalls Symbolik und diene ausschließlich der Tourismusförderung. Hier müsse die Staatsregierung umdenken und flächendeckend fördern. Ein Internetzugang gehöre in einer digitalen Welt genauso zur Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom oder Straßenanbindung. Es sei auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, ob jeder – unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten – Zugang dazu bekomme. Die Staatsregierung solle sich hier an Bayern ein Vorbild nehmen, das in Zukunft sämtliche Landesbehörden als Standort für einen WLAN-Hotspot zur Verfügung stellen wolle.



Die Gigabit-Gesellschaft wird schon bald Realität sein.

// Martin Dulig

36. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: R. Deutscher

## Ablenkungsmanöver

Sachsen, so Mario Beger, AfD, hinke bei der Breitbandversorgung hinterher. Die Staatsregierung habe darum angekündigt, die Versorgung mit schnellem Internet im Freistaat voranzutreiben. Erkenntnis über den aktuellen Sachstand habe sie allerdings bisher nicht oder nur unzureichend vorgelegt. Seine Fraktion habe deshalb eine Große Anfrage mit insgesamt 50 Detailfragen eingereicht, um in Erfahrung zu bringen, wie viel Fördergelder man für welche speziellen Bereiche bereitgestellt habe und wie hoch die bisherigen Ausgaben gewesen seien. Die CDU-SPD-Koalition habe bisher beim Thema Breitbandausbau viel zu wenig getan, außer sich öffentlich selbst auf die Schulter zu klopfen. Dies müsse dringend geändert werden. Das Thema Störerhaftung, über das jetzt von SPD und CDU im Sächsischen Land-

tag gesprochen werde, sei dagegen weitestgehend abgeschlossen und lenke von der eigentlichen Problematik bei der Breitbandversorgung ab.

## Ziel verfehlt

Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, kritisierte, dass die Staatsregierung das Ziel aus den Augen verloren habe. Das Vorhaben, das im Koalitionsvertrag stehe, nämlich bis 2018 flächendeckend 50 Megabit pro Sekunde anzubieten, sei vom Wirtschaftsminister schon als unerreichbar abgehakt worden. Statt aber wie der Bundeswirtschaftsminister nach vorne zu denken und Gigabit-Infrastrukturen in Angriff zu nehmen, wolle Martin Dulig Sachsen mit läppischen 100 Megabit pro Sekunde bis 2025 vertrösten. 100 Megabit seien nur eine ganz kleine Zwi-

schlenlösung. Das Ziel für Sachsen bis 2025 sei demnach dieses Minimalziel als Zwischenschritt. Damit sei die Offensive eigentlich schon verlorengegeben, bevor sie überhaupt richtig gestartet sei. Darüber hinaus sollte ein Ausbau öffentlicher Netze mit WLAN-Hotspots nicht nur an touristischen Standorten, sondern auch in anderen Bereichen erfolgen.

## Technischen Wandel nutzen

Abschließend untersetzte Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, den Gestaltungsanspruch der Koalition. Dieser bestehe darin, alle sächsischen Voraussetzungen – von der Hardware über

die Mikroelektronik bis zur Software, von der Wissenschaft über die Industrie bis zur kommunalen Infrastruktur – in die Digitale Offensive einzubringen. Es gehe nicht allein um die Frage, welcher technische Höchstwert erreicht werde, sondern vor allem darum, den technischen Wandel zu nutzen, um Zukunft im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Kommunen und der Wirtschaft sicherzustellen. Die Gigabit-Gesellschaft werde schon bald Realität sein. Dafür müssten die Infrastrukturen in Sachsen geschaffen werden.



[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

// Lars Rohwer

// Holger Mann

// Nico Brünler

// Mario Beger

// Dr. Claudia Maicher



36. Sitzung des Sächsischen Landtags

# Hintergrundinformationen zur Digitalen Offensive Sachsen

Foto: © xiaoliangge – Fotolia.de

Die Digitale Offensive Sachsen schafft die Grundlage für eine zeitgemäße digitale Versorgung im Freistaat. Ziel des Förderprogramms ist es, den Ausbau breitbandiger Internetverbindungen mit Datenraten größer als 50 Mbit/s (Megabit pro Sekunde) zu beschleunigen und so einen wichtigen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung des Wirtschafts-, Technologie- und Tourismusstandortes Sachsen zu leisten. Neben der Förderung von Breitbandinfrastrukturen liegt ein weiterer Schwerpunkt auf WLAN-Hotspots an touristisch relevanten Orten.

## Beratungsstelle

Die Beratungsstelle Digitale Offensive Sachsen ist dabei der zentrale Anlaufpunkt für alle Beteiligten. Die Mitarbeiter der Beratungsstelle stehen den

// In der 36. Sitzung des Sächsischen Landtags debattierten die Abgeordneten in der Aktuellen Stunde über die Digitale Offensive Sachsen (siehe Beitrag auf S. 4). Den aktuellen Hintergrund bildete die neue Förderrichtlinie »Digitale Offensive Sachsen« (DiOS), die am 9. Juni 2016 in Kraft getreten ist. Danach fördert Sachsen den 100-Mbit/s-Breitbandausbau mit bis zu 92 Prozent. Zudem hat der Bundesrat der Abschaffung der Störerhaftung für WLAN-Hotspots am 17. Juni 2016 zugestimmt. Durch die entsprechenden Änderungen des Telemediengesetzes können private Betreiber, die ihr WLAN für andere öffnen, nicht für Rechtsverletzungen Dritter haftbar gemacht werden. //

sächsischen Kommunen und Landkreisen als potenziellen Antragstellern beratend zur Seite. Darüber hinaus unterstützt die Beratungsstelle durch Koordination und Kommunikation mit den Akteuren einen effizienten Breitbandausbau, der vorhandene Synergien berücksichtigt und dabei Kooperationen nutzt.

## Website der DiOS

Um eine Transparenz im Rahmen des Förderprozesses der Digitalen Offensive Sachsen gewährleisten zu können, wurde der DiOS-Atlas entwickelt,

welcher durch eine Fortschrittsdatenbank ergänzt wird. Auf der Website der Digitalen Offensive Sachsen informiert Sie der DiOS-Atlas über aktuelle Breitbandverfügbarkeiten im Freistaat sowie den Stand des Verfahrens in den einzelnen Regionen.

## Fortschrittsdatenbank

Innerhalb der Fortschrittsdatenbank sind alle sächsischen Kommunen gelistet. Im Förderverfahren befindliche Kommunen sind mit den aktuellen Informationen zum Verfahrensfortschritt versehen. Veröffentlicht

lichte Markterkundungen und Ausschreibungen werden in der Fortschrittsdatenbank hinterlegt. Außerdem finden Sie auf der Website der DiOS sämtliche Informationen zur Förderung und können die Beratungsstelle direkt kontaktieren.

[www.digitale.offensive.sachsen.de](http://www.digitale.offensive.sachsen.de)



// In der 2. Aktuellen Debatte der 36. Sitzung befassten sich die Abgeordneten auf Antrag der Fraktion DIE LINKE unter dem Titel »Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Meissen – Tradition stärken, Vertrauen wiederherstellen, Experimente beenden!« mit der Zukunft des Unternehmens. Den Hintergrund bildeten aktuelle Überlegungen, mit technisch hergestellten Dekors preiswertere Produkte anzubieten und neue Käuferschichten zu erschließen. //



36. Sitzung des Sächsischen Landtags

Uwe Nösner

# Experimente beenden!

DIE LINKE: Vertrauen in die Porzellan-Manufaktur Meissen wiederherstellen



// Sebastian Scheel // Foto: R. Deutscher

Sebastian Scheel, DIE LINKE, warf dem Finanzminister vor, das Vertrauen des Unternehmens verspielt zu haben, indem nicht eine der gescheiterten Strategien mit dem Landtag kommuniziert, diskutiert oder von diesem mitgetragen worden sei. Seine Fraktion sehe die 300 Jahre alte Marke MEISSEN®, die mit teurem, handbemaltem Porzellan verbunden werde, in Gefahr. Sie warne davor, die Chancen mit einem Kurswechsel hin zu technischen Dekors aufs Spiel zu setzen.

Dem setzte Peter Wilhelm Patt, CDU, entgegen, seine Fraktion stehe für eine Staatsregierung, die die Porzellan-Manufaktur verantwortungsbewusst führe. Seine Fraktionskollegin Daniela Kuge warf der Fraktion DIE LINKE vor, die stärkste Marke des Landes schlechtzureden. Ihr Herz schlage für MEISSEN®. Es gehe um die Tradition, den Standort und die Zukunft der Beschäftigten. Diese dürften nicht zum Spielball für linke Politiker werden. Ihre Fraktion setze auch weiterhin auf Lösungen.

## DIE LINKE in der Kritik

Auch Mario Pecher, SPD, kritisierte die Fraktion DIE LINKE. Mit ihrer Aktuellen Debatte füge diese dem Unternehmen letztendlich Schaden zu. Das hätten die Mitarbeiter, das Unternehmen, das Brauchtum, die handwerkliche Kunst und Sachsen nicht verdient. Der Freistaat habe schon an anderen Stellen genügend Flurschaden, da müsse DIE LINKE nicht auch noch bezüglich der Porzellan-Manufaktur einen solchen organisieren. Dr. Frauke Petry, AfD, brachte ihrerseits eine Teilprivatisierung ins Gespräch. Ihre Fraktion denke, dass eine Teilprivatisierung dieser noch in staatlichen Händen befindlichen Produktions-GmbH ein möglicher Weg sei, damit das erreicht werde, was bei anderen Porzellanmanufakturen in Deutschland erreicht worden sei, nämlich dass defizitäres Handeln beendet werden könne. Hier müssten gutes, verantwortliches staatliches Handeln und Unternehmertum zusammengeführt werden.

## Produktion in Sachsen

Ihrer Fraktion, so Franziska Schubert, GRÜNE, sei es wichtig, dass die Produktion ausschließlich in Sachsen stattfindet. Nur so könnten Arbeitsplätze erhalten werden. Der Presse sei zu entnehmen gewesen, dass das Unternehmen plane, im Bereich »Technisch dekoriertes Porzellan« spülmaschinenfest zu expandieren. Das müsse bei einer Manufaktur kritisch gesehen werden. Zu einem Handanlegen an das Alleinstellungsmerkmal »Handbemalt« sagten die GRÜNEN sehr deutlich Nein. Nach den abschließenden Worten von Prof. Dr. Georg Unland, Staatsminister der Finanzen, bleibe die Herstellung hochwertigen, künstlerisch gestalteten Porzellans aber das Kerngeschäft der Manufaktur. Die öffentliche Diskussion sollte deshalb ausschließlich zum Nutzen und nicht zum Schaden des Unternehmens geführt werden. Der Freistaat Sachsen jedenfalls stehe zur Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meissen.



Uwe Nösner

# Gelebte Versöhnung

Abgeordnete würdigten 25 Jahre Deutsch-Polnisches Jugendwerk

Nach Ansicht von Octavian Ursu, CDU, habe das Deutsch-Polnische Jugendwerk dazu beigetragen, dass heute ein Netz guter Beziehungen bestehe. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bringe zusammen, was zusammengehöre – und das seien die Menschen. Trotz der Erfolge der vergangenen 25 Jahre könnten wir uns jedoch nicht einfach zurücklehnen und das Erreichte feiern. Die aktuellen Herausforderungen für Europa und somit für die deutsch-polnischen Beziehungen seien groß. Deswegen sei es besonders wichtig, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk in großem Maße ermögliche, zu stärken. Sein Fraktionskollege Alexander Dierks fügte hinzu, dass mit dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk jährlich mehr als 3.000 Projekte geför-

// Unter dem Titel »25 Jahre Deutsch-Polnisches Jugendwerk – 25 Jahre gelebte Versöhnung« haben CDU und SPD eine Aktuelle Debatte beantragt, die am 23. Juni 2016 auf der Tagesordnung der 37. Sitzung des Sächsischen Landtags gestanden hat. Der Jugendaustausch soll jetzt weiter gestärkt werden. //

dert würden. Der internationale Austausch sei aber mehr als das Reisen über Grenzen hinweg. Er stelle eine wichtige Säule der Jugendarbeit dar.

## Mit Leben erfüllt

Harald Baumann-Hasske, SPD, sprach all denen den Dank seiner Fraktion aus, die dazu beigetragen hätten, den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag mit Leben zu erfüllen. Mehr als 2,7 Millionen Jugendliche seien in 25 Jahren zusammengekommen. Das seien jedes

Jahr über 100.000 Jugendliche zwischen zwölf und 26 Jahren, also die Einwohnerschaft einer kleinen Stadt. Nicht nur die deutschen und polnischen Geschäftsstellen und Mitarbeiter des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes in Warschau und Potsdam, sondern auch die Jugendlichen selbst hätten dazu beigetragen, dass die Völker sich kennenlernten und Vorurteile durch persönliche Erfahrungen miteinander abgebaut worden seien. In einem Vierteljahrhundert seien über viele persönliche Beziehungen, Freundschaften und Ehen solide Grundlagen ge-

schaffen worden, sodass nicht mehr zu fürchten sei, dass Deutschland und Polen sich wieder voneinander trennen könnten.

## Gegen Rechtsruck

Auch nach Auffassung von Mirko Schultze, DIE LINKE, gehe es letztlich darum, tatsächlich Millionen von Jugendlichen das jeweilige Nachbarland näherzubringen. Das sei dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk und vielen kleinen Initiativen in ihrer tagtäglichen Arbeit gelungen. Heute werde diese Grundlage gebraucht, weil Europa einen Rechtsruck erlebe, das Modell Europa infrage gestellt werde und Nationalisten tatsächlich wieder die Oberhand zu gewinnen scheinen. Er hoffe, dass sich jene Kräfte in Polen, die wie kürzlich in Zgorzelec



// Octavian Ursu



// Harald Baumann-Hasske



// Mirko Schultze



// Karin Wilke



// Franziska Schubert

mit Europaflagge in der Hand für ein demokratisches und freies Europa demonstriert hätten, dagegen durchsetzen. Gerade jene jungen Menschen, die eine gemeinsame Sprache sprachen und ihre Freizeit gemeinsam gestalteten, seien die Basis, auf die gesetzt werden könne, wenn es darum gehe, den europäischen Gedanken weiterzubringen.

### Wichtiger Vertrag

Karin Wilke, AfD, bezeichnete den deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrag, zu dem auch das Jugendwerk gehöre, als einen der größten und wichtigsten Verträge zwischen unseren Ländern der Nachkriegszeit. Der Freistaat Sachsen praktiziere mit seinem Verbindungsbüro in Breslau vorbildlich die Beziehungen zwischen den Ländern. Dennoch gebe es erneut Vorurteile der Deutschen gegenüber Polen. Sie würden von den etablierten Parteien, den Medien und auch aus dem Kanzleramt lanciert, gedruckt und gesendet, weil der erdrutschartige Sieg der national-konservativen PIS-Partei den Konsensparteien nicht passe. Das sei anmaßend und tollpatschig. Viele Deutsche hielten Polen heute darum erneut für ein undemokratisches Land. Die Vorurteile gelte es dringend abzubauen. Ihre Fraktion danke dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk für sein vorbildliches Engagement und seine hervorragende Arbeit.

### Ein Meilenstein

Auch Franziska Schubert, GRÜNE, würdigte den deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 als einen Meilenstein, der maßgeblich zur gelebten Versöhnung beigetragen habe. Die Beziehungen hätten sich in den letzten 25 Jahren beeindruckend entwickelt und eine Tiefe erlangt, die 1991 noch als Utopie erschienen sei. Dieser Vertrag habe auch die vor Jahrzehnten begonnene Aussöhnung und Normalisierung zwischen beiden Ländern auf eine feste Grundlage ge-

stellt und zu einem intensiven politischen Dialog und vielfältigen gesellschaftlichen Kooperationen beigetragen. Die Aktuelle Debatte solle zum Anlass genommen werden, ganz individuell den polnischen Nachbarn zu entdecken und Zeichen gegen den wachsenden Nationalismus zu setzen. Nicht nur die Europäische Kulturhauptstadt Breslau lade dazu ein, sondern das gemeinsame Ziel, Versöhnung und Frieden zwischen den Menschen jeden Tag aufs Neue zu leben.

### Weg in die Zukunft

Die deutsch-polnische Geschichte, so Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultur, sei sehr lang gewesen und äußerst

in den vergangenen 25 Jahren eine sehr gute und dankenswerte Arbeit geleistet. Der Jugendaustausch sei essenziell für die Völkerverständigung und werde der Weg in die Zukunft unserer Interessen-, Debatten- und Verantwortungs-



Das Deutsch-Polnische Jugendwerk hat in den vergangenen 25 Jahren eine sehr gute und dankenswerte Arbeit geleistet.

// Brunhild Kurth

37. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Giersch

wechselhaft verlaufen. Das Verhältnis zwischen den beiden Staaten gestalte sich seit dem Zweiten Weltkrieg sicherlich nicht einfach. Die Verständigung und Aussöhnung mit unserem direkten Nachbarn sei deshalb außerordentlich wichtig und funktioniere am besten über persönliche Kontakte. Zum Zustandekommen dieser persönlichen Kontakte habe das Deutsch-Polnische Jugendwerk

gemeinschaft bleiben. Sie sei sich ganz sicher, dass die junge Generation maßgeblich zum friedlichen Zusammenleben in einer demokratischen Kultur beitrage.



[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)



37. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Dr. Gerd Lippold // Foto: S. Giersch

# Sicherheiten einfordern!

Uwe Nösner

GRÜNE: Verursachergerechte Finanzierung der Braunkohle-Folgekosten absichern

// Die 2. Aktuelle Debatte der Aktuellen Stunde der 37. Sitzung am 23. Juni 2016 stand unter dem Titel »Verursachergerechte Finanzierung der Braunkohle-Folgekosten absichern – Transparenz zu Rückstellungen schaffen – Sicherheiten einfordern!«. Sie war von der Fraktion GRÜNE vor dem Hintergrund einer Studie beantragt worden, die hohe Risiken für öffentliche Haushalte offenbart. Danach sind Folgeschäden im Bergbau schwer kalkulierbar. Allein die Schäden des DDR-Braunkohletagebaus werden Deutschland nach Prognosen noch bis zum Jahr 2100 beschäftigen. //

Niemand, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, unterstelle Unternehmen, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen zu wollen. Die Frage sei aber, ob sie es noch könnten. Lippold nannte unter anderem Haftungsgrenzen im Insolvenzfall. Es gebe zunehmende Risiken für die Gesellschaft, auf den Folgekosten des Braunkohlengeschäfts sitzenzubleiben. Deshalb müsse Sachsen von den Betreibern Sicherheitsleistungen einfordern. Dagegen stellte Frank Heidan, CDU, klar, dass die Folgekosten in den Bergbauplänen enthalten seien. Das Oberbergamt sei für deren Prüfung zuständig. Dazu gebe es Zulassungsverfahren, die jedes Bergunternehmen durchlaufe. Diese Unternehmen müssten den Nachweis über die genaue bilanzielle Einstellung zu den Folgekosten erbringen. Dafür

seien die bisher aufgewachsenen Rückstellungen da. Wenn das Geschäftsmodell jetzt hinterfragt werde, dann könnten die Rückstellungen nicht mehr wie bisher realisiert werden.

## Diskussionsbedarf

Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, gab zu bedenken, dass das Sächsische Oberbergamt in Freiberg für die Zulassung von Betriebsplänen derzeit 344 Sicherheitsleistungen festgesetzt habe. Diese gälten für die Gewinnung von Natursteinen, Kies, Ton, Lehm, Kaolin sowie Fluss- und Schwerspat, nicht aber für Braunkohle. Es sei nicht erklärbar, warum Betreibern von Braunkohletagebauen mit nachhaltigen negativen Umweltauswirkungen keine Sicherheitsleistungen auferlegt würden. Thomas Baum, SPD, räum-

te ein, dass die Problematik der Rückstellung bzw. der Absicherung und wer für die Folgen der Braunkohleverstromung aufkommen müsse, zu diskutieren sei. Richtig sei auch, dass das Bundesberggesetz den Ländern die Möglichkeit einräume, die Genehmigung des Verkaufs von Sicherheitsleistungen abhängig zu machen. Aber was seine Fraktion nicht akzeptiere, sei die Vorverurteilung von Investoren. Da heiße es vor allem Vertrauen zu schaffen.

## Bundesregierung gefordert

Wie André Barth, AfD, erklärte, habe die Bundesregierung von heute auf morgen die Rahmenbedingungen für Energieunternehmen geändert. Einige gerieten schon deshalb in Turbulen-

zen und nun sollten sie für die nicht von ihnen verschuldete Politik weitere Zahlungen in Form von Rücklagen leisten. Seine Fraktion fordere von der Bundesregierung, alle Folgen ihrer Politik selbst zu finanzieren und weder die Länder und Kommunen noch die Unternehmen damit zu belasten. Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, verwies abschließend auf die noch laufenden Verkaufsverhandlungen für die Braunkohlesparte des Energiekonzerns Vattenfall. In Schweden achte man sehr genau darauf, welche Signale aus Brandenburg und Sachsen kämen. Die Opposition werde von der Sächsischen Staatsregierung in dieser Aktuellen Debatte keine Aussagen bekommen, die politisch instrumentalisiert werden könnten, um den Verkaufsprozess zu behindern.

# TTIP im Ständehaus Verleihung der Verfassungsmedaille Einbürgerungsfest im Landtag



Foto: O. Killig

// Im Rahmen der »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« referierte der frühere US-Botschafter James D. Bindenagel zum Thema »TTIP«. Außerdem wurden sechs Männer und Frauen mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet. »Vollampf voraus« hieß es für 50 Kinder, die in Begleitung von Mitgliedern des Landtags mit der Traditionslok »I K Nr. 54« durch den Löbnitzgrund fahren durften. Weiterhin folgten mehr als 300 Gäste der Einladung zum bereits zwölften Einbürgerungsfest und die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter begab sich auf eine Reise nach Sachsen-Anhalt. //

Dr. Thomas Schubert

# »TTIP – Chancen und Risiken transatlantischen Freihandels«

Vortrag und Diskussion bei Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus am 7. Juni 2016



// Im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Dresdner Gesprächskreis im Ständehaus« lädt Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner regelmäßig hochkarätige Persönlichkeiten nach Dresden ein, um aktuelle gesellschaftspolitische Fragen zu diskutieren. »Ich verstehe dies als einen Beitrag zur Förderung des gesellschaftlichen Diskurses im Freistaat Sachsen«, sagt Dr. Matthias Röbner. //

// Prof. James D. Bindenagel //  
Fotos: O. Killig

Die seit 2013 zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika verhandelte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, kurz TTIP, hat Befürworter, die sich Wohlfahrtsgewinne versprechen, und Kritiker, die u. a. den Abbau von Standards befürchten. In der öffentlichen Debatte um »Chlorhühnchen« und Investorenschutz schlagen die Wogen der Erregung zuweilen hoch. Darüber, wie berechtigt die Bedenken sind, sollte bei der diesjährigen Auflage der »Dresdner Gesprächskreise im Ständehaus« ebenso gesprochen werden wie über das von verschiedenen Seiten gerügte politische Aushandlungsverfahren.

Zu Beginn wies Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner auf das Paradoxon hin, dass in der Handelsnation Deutschland,

die ihre Güter in die ganze Welt exportiert, jeder Zweite dem Freihandel kritisch gegenübersteht. Besonders trübe das auf TTIP zu, weshalb zu fragen sei, warum so viele Menschen im Freihandel eine Gefahr sähen. Die Informationspolitik der Europäischen Kommission gelte es daher ebenso zu diskutieren wie die Frage der Standards und der Schiedsgerichte. Nicht zuletzt müsse erörtert werden, inwiefern TTIP eine Antwort auf geopolitische Herausforderungen des 21. Jahrhunderts geben könne.

## Strategische Notwendigkeit

Der Hauptredner des Abends, der frühere US-Botschafter und heutige Inhaber der Henry-Kissinger-Stiftungsprofessur an

der Universität Bonn, Professor James D. Bindenagel, setzte an diesem Punkt an und bezeichnete TTIP als »strategische Notwendigkeit« für Europa und die Vereinigten Staaten, um gemeinsam die regelgebundene Ordnung des Welthandels zu gestalten. Das transatlantische Handelsabkommen diene in diesem Sinne einem übergeordneten strategischen Ziel. Denn globale Veränderungen, so der Experte für internationale Beziehungen, ließen sich nicht stoppen. Wohl aber könne Handel die vorhandenen »tektonischen Brüche« überwinden helfen. TTIP habe dieses Potenzial und zudem stärke es Investitionen. Neben (nicht ungewöhnlich) harten Verhandlungen seien für sein Gelingen vor allem der sachliche Austausch von Informationen und »gegenseitiges Vertrauen« in der transat-



lantischen Partnerschaft notwendig. Schließlich, so James D. Bindenagel, handele es sich bei TTIP um das »wichtigste strategische transatlantische Abkommen seit Gründung der NATO 1949«.

## Vielfalt der Perspektiven

Anschließend erlebten die über 100 Gäste eine interessante, da perspektivreiche Podiumsdiskussion, an der neben Prof. James D. Bindenagel auch der frühere sächsische Wirtschaftsminister und heutige SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas



Jurk, der Vorstandsvorsitzende der Sächsischen Aufbaubank, Stefan Weber, und der Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der TU Dresden, Prof. Dr. Udo Kreickemeier, teilnahmen.

zeigte sich überzeugt, mehr Erklären aufseiten der Verhandelnden würde mehr Vertrauen schaffen.

### Standards bewahren

Vor allem aber, darin zeigten sich alle einig, dürfe TTIP nicht zu einer Verschlechterung bei zentralen Standards führen und müsse einen von allen akzeptierten Investorenschutz aufweisen. Hier sei eine Art »Best-Practice-Lösung« angezeigt, mit der beide Seiten gut leben könnten – ob nun, indem Standards nicht harmonisiert, sondern gegenseitig anerkannt würden, oder indem anstatt privater Schiedsgerichte für den Investorenschutz ein ständiges Handelsgericht geschaffen werde, das auch eine Berufungsinstanz aufweise. Gelingen dies nicht, so die breite Auffassung, würde TTIP spätestens im parlamentarischen Ratifikationsprozess scheitern.

Ein solches Fehlschlagen des Abkommens sahen die Diskutanten kritisch, nicht zuletzt wegen der zuvor schon betonten weltweiten Relevanz dieser Handelskooperation. Bevor TTIP daher insgesamt nicht zustande komme, so Prof. Dr. Udo Kreickemeier, sollte doch über eine kleinere Lösung nachgedacht werden, die sich auf den Abbau von Zöllen und Bürokratie sowie auf das Umsetzen unstrittiger gemeinsamer Standards beschränke. Ein solches »TTIP-light«, dessen war sich Thomas Jurk jedoch sicher, werde nicht zu realisieren sein. Stattdessen gelte es, auf europäischer Seite hart zu verhandeln und dies auch durchzuhalten.

Die Rede- und Diskussionsbeiträge des Gesprächskreises sind als Heft 9 im Rahmen der DIALOG-Reihe für Sie zum Nachlesen erschienen.

// Dr. Matthias Rößler



Thomas Jurk, der als Abgeordneter des Deutschen Bundestages Einsicht in die TTIP-Unterlagen nehmen konnte, wies auf das schwierige Verhandlungsklima hin. Besonders die Situation in Deutschland sei von erheblichen gesellschaftlichen und politischen Bedenken begleitet, die sich nicht in Gänze entkräften ließen. Es existiere, so ergänzte Stefan Weber, vor allem ein großes Misstrauen gegenüber jenen Akteuren, die TTIP verhandelten. Dabei sei es ihm rätselhaft, weshalb vor allem die Deutschen, die Handels- und Qualitätsweltmeister, sich vor TTIP fürchteten. James D. Bindenagel

### Gewinner und Verlierer

Da Erklären auch heißt, die Dinge beim Namen zu nennen, betonte Prof. Dr. Udo Kreickemeier, dass Freihandel neben Gewinnern immer auch Verlierer erzeuge. Alle neueren ökonomischen Modelle wiesen darauf hin. Auch wenn sich Freihandel für eine moderne Volkswirtschaft unter dem Strich lohne, käme es doch stets auch zu Nachteilen für einzelne Branchen, Gruppen oder Personen. Das öffentlich klar und es den Benachteiligten politisch »schmackhaft« zu machen, sei unerlässlich, soll Freihandel auf breite Akzeptanz stoßen.





Landtagspräsident Dr. Matthias Röblicher ehrte sechs Persönlichkeiten

## Sächsische Verfassungsmedaille 2016 verliehen

// Landtagspräsident Dr. Matthias Röblicher (r.) mit den Geehrten 2016: Bodo Finger, Prof. Dr. Werner Schneider, Judith Kubitz, Frank Nemetz, Peter Schowtka und Ina Alexandra Tust (v.l.n.r.) // Fotos: R. Deutscher

Die Verfassungsmedaille ist eine Ehrung für Menschen, die Sachsen auf ihrem jeweiligen Wirkungsgebiet voranbringen, sich durch Zivilcourage, soziale Verantwortung und gesellschaftliches Engagement für die Entwicklung der Demokratie im Lande einsetzen und die Werte der Verfassung weitertragen.

Mit der Verleihung wird jährlich an die Geburtsstunde der Verfassung des Freistaates Sachsen erinnert. Am 26. Mai 1992 verabschiedete sie der 1. Sächsische Landtag, einen Tag danach trat sie mit der Unterzeichnung durch den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten in Kraft. Im Juli 2013 beschlossen die Abgeordneten des Sächsischen Landtags mit überwältigender Mehrheit die bislang einzige Änderung dieser Verfassung (gültig seit dem 1. Januar 2014) und schrieben in ihr u. a. ein Neuverschuldungsverbot für Sachsen fest.

### Dr. Matthias Röblicher: Verfassung ist ein zuverlässiger Kompass

»Die Verfassung stand am Ende der friedlichen Revolution und am Anfang eines neuen sächsischen Staatsverständnisses, wie es das nie zuvor in unserer Landesgeschichte gab«, betonte Landtagspräsident Dr. Matthias Röblicher zu Beginn der Auszeichnungsveranstaltung. »Darin hat sie sich als ein zuverlässiger Kompass bewährt.«

»Die Verfassung wird weiterhin unser Kompass bleiben, weil die parlamentarische Demokratie ihre Kräfte bei der Gewährleistung von Föderalismus und Subsidiarität, Identität und Selbstbestimmung in einem starken Verfassungsstaat immer wieder erneuern muss«, so Röblicher weiter.

Mit Blick auf die Geehrten 2016 würdigte der Präsident des Sächsischen Landtags ihr

Engagement als beispielhaft:

»Sie haben bewiesen, dass Freiheit ihren Wert erst durch die Wahrnehmung von Verantwortung – sei es in der Kultur, der Wirtschaft oder der Politik, in der Rechtspflege oder bei der Aufarbeitung der Vergangenheit – gewinnen kann.«

### Träger der Sächsischen Verfassungsmedaille 2016

**Bodo Finger, Bochum/Chemnitz**  
Als Präsident des Verbandes der Sächsischen Metallindustrie (VSME, 2003 bis 2015) und Präsident der Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW, 2007 bis 2015) hat Bodo Finger viele Jahre erfolgreich die Interessen der sächsischen Wirtschaft vertreten und sich für den Standort Sachsen eingesetzt. Stets ging es dem heutigen

Ehrenpräsidenten des VSME und der VSW darum, die speziellen Rahmenbedingungen für die vom Klein- und Mittelstand dominierte Unternehmenslandschaft im Freistaat Sachsen optimal zu gestalten. Bodo Finger ist geschäftsführender Gesellschafter der Maschinenfabrik Mönninghoff GmbH & Co. KG in Bochum sowie der Chemnitzer Zahnradfabrik GmbH & Co. KG, die er 1992 von der Treuhand erwarb und zu einer erfolgreichen Fabrik für die Fertigung von Sondergetrieben aufbaute.

**Judith Kubitz, Bautzen/Baden-Baden**  
Judith Kubitz, eine in Bautzen geborene Sorbin, ist seit 2013 Dirigentin der Philharmonie Baden-Baden. Damit gehört sie zu den wenigen Frauen, die als Dirigentin auf einer wichtigen Bühne stehen. Kubitz studierte in Weimar, Paris und an der Royal Academy of Music London, u. a. bei Sir Colin Davis und

Katja Ciesluk

// Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler hat am 25. Juni 2016 sechs Frauen und Männer mit der Sächsischen Verfassungsmedaille ausgezeichnet. Damit haben bislang 143 Persönlichkeiten die Ehrung – neben dem Sächsischen Verdienstorden die höchste staatliche Auszeichnung im Freistaat – erhalten. //

Sir Charles Mackerras. Neben regelmäßiger Konzerttätigkeit mit der Philharmonie Baden-Baden gastierte sie bereits in Kolumbien, Japan, Südafrika und Tschechien. Regelmäßig übernimmt sie Gastdirigate an renommierten Häusern in Deutschland, kehrt aber auch immer wieder in ihre sorbische Heimat zurück. Mehrfach arbeitete die Dirigentin zudem bereits mit der Sinfonietta Dresden zusammen. Judith Kubitz ist mit ihrem künstlerischen Schaffen eine hervorragende »Botschafterin für Sachsen«.

**Frank Nemetz, Belgershain**  
Frank Nemetz engagiert sich als sächsischer Landesvorsitzender der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) seit vielen Jahren ehrenamtlich für die Opfer. Er betreut und berät politische Opferverbände und -gruppen in ganz Sachsen und hilft Betroffenen bei ihrem Kampf um Anerkennung als Opfer politischer Verfolgung sowie um Entschädigung. Nemetz,

der nach der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit rehabilitiert wurde, setzte sich erfolgreich dafür ein, dass derzeit auf dem Gelände des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses in Chemnitz ein Gedenkort entsteht. Frank Nemetz wirkt außerdem in verschiedenen Gremien des Landesbeauftragten für die Unterlagen der Staatssicherheit der ehemaligen DDR, im Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie im Rundfunkrat des MDR mit.

**Prof. Dr. Werner Schneider, Leipzig**  
Werner Schneider, Professor für Statik und Dynamik an der TU Dresden, ist der Initiator und »Motor« der Leipziger Notenspur. Es ist maßgeblich seiner Beharrlichkeit und seiner Geduld zu verdanken, dass dieses Projekt nach jahrelanger Überzeugungsarbeit 2012 realisiert werden konnte. Die Leipziger Notenspur verbindet zahlreiche, z. T. original erhaltene Wirkungsstätten weltweit be-



rühmter Komponisten in der Leipziger Innenstadt und macht so das musikalische Kulturerbe touristisch erlebbar. An jeder Station vermitteln Klangbeispiele und Informationen in deutscher und englischer Sprache spannende Eindrücke. Geschwungene Stahlelemente im Boden markieren das sich durch die Innenstadt schlängelnde Band. Zur »Notenspur« gesellten sich zwischenzeitlich der »Notenbogen«, der sich mit Komponisten des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts beschäftigt, sowie das »Notenrad«, ein musikbezogener Radwanderweg.

**Peter Schowtka, Wittichenau**  
Peter Schowtka gehörte dem Sächsischen Landtag von 1991 bis 2014 als Mitglied der CDU-Fraktion an. Als Bürgermeister von Wittichenau (1990 bis 1994) legte er den Grundstein für das Wirtschafts- und Beschäftigungswunder Wittichenau, wie Zeitungen damals titelten. Schowtka machte Abitur mit Berufsausbildung als Betonbauer und studierte 1964 bis 1969 Lateinamerikawissenschaften an der Universität Rostock. Als Student war er Sprecher der katholischen Studentengemeinden in der DDR. Das Diplom wurde ihm in der DDR »mangels gesellschaftspolitischer Reife« ver-

weigert. 1969 bis 1990 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter, später Dolmetscher für ausländische Arbeitskräfte aus Mosambik im Braunkohlenbergbau. 1995 gründete Schowtka mit Mitstreitern das Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e. V., das sachsenweit Veranstaltungen zu aktuellen kommunalpolitischen Themen durchführt, die regelmäßig auf große Resonanz stoßen.

**Ina Alexandra Tust, Leipzig**  
Rechtsanwältin Ina Alexandra Tust ist eine der renommiertesten Opferanwältinnen Deutschlands und eine anerkannte Spezialistin für die Nebenklage. Die gebürtige Nordrhein-Westfälin lebt und arbeitet seit 1998 in Leipzig. Tust hat in zahlreichen, besonders aufsehenerregenden Fällen von Kindesmissbrauch und Mord die Nebenklage der Eltern vertreten und den Hinterbliebenen beigegeben. Die Rechtsanwältin berät den Weißen Ring Sachsen in Sachen Opferrecht und setzt sich für eine weitere Verbesserung des Opferschutzes ein. Tust engagiert sich außerdem in Leipzig im Arbeitskreis »Netzwerk gegen häusliche Gewalt« im Arbeitskreis »Psychosoziale Prozessbegleitung« des Opferhilfe Sachsen e. V. sowie im Koordinierungskreis gegen sexualisierte Gewalt beim Verein »Frauen für Frauen«.





# Sachsens Eingebürgerte zwischen

// Am 11. Juni fand im Plenarsaal des Landtags das mittlerweile zwölfte Einbürgerungsfest statt. Über 300 Gäste folgten der traditionellen Einladung des Sächsischen Innenministers und des Sächsischen Ausländerbeauftragten. Diese war an alle im Vorjahr im Freistaat Eingebürgerten gerichtet. Interviews mit Eingebürgerten ermöglichten erneut einen wertvollen Perspektivgewinn. //

Moritz Hornung

»Sie alle sind ein wertvoller Teil unserer Zukunft«, begrüßte Dr. Matthias Röbner, Landtagspräsident und Schirmherr der Veranstaltung, die neuen Staatsbürger. Er forderte die Eingebürgerten auf, eine aktive Staatsbürgerschaft zu leben und Verantwortung für das Land und seine Freiheiten zu übernehmen.

Frau Dr. Csepe-Bannert nutzt die in Deutschland gebotenen

Freiheiten nur zu gern. Im Interview stellte die ehemalige Slowakin mit ungarischen Wurzeln fest: »Das Erste, was ich in Deutschland gelernt habe, war zu diskutieren.« Das liberale Klima und die vielfältigen Informationsmöglichkeiten boten der Selbstständigen hier die Möglichkeit, »sich frei zu bewegen, sich eine eigene Meinung zu bilden

und sich selbst zu verwirklichen.«

Auch für Frau Li aus Leipzig war die freiheitliche Kultur ausschlaggebend für ihren Entschluss zur deutschen Staatsbürgerschaft. Sie war Anfang der 1990er-Jahre aus Taiwan als Gesangslehrerin nach Deutschland gekommen. Die Zustimmung der Gäste erhielt sie, als sie die Schwierig-

keiten des Verhältnisses zu alter und neuer Heimat beschrieb. Ihre Entscheidung fiel zugunsten »der Freiheit, sich als Individuum ausleben zu können.«

Ähnlich positive Eindrücke schilderten Herr Said mit ägyptischem und Frau Röbner mit indischem Migrationshintergrund in den von Antje Hermenau geführten Interviews.





Fotos: S. Füssel

# Freiheit und Verantwortung

## Sachsen, ein Einwanderungsland

Innenminister Markus Ulbig versteht das jährliche Einbürgerungsfest als deutliches Bekenntnis zu den neuen Staatsbürgern. Mit Blick auf die Einbürgerungszahlen steht für Ulbig fest: »Sachsen ist ein Einwanderungsland.« Die Entscheidung der Eingebürgerten für die deutsche Staatsbürgerschaft begrüße er als Zeichen gelingender Integration und als Bekenntnis zu unseren Werten. Gleichzeitig seien alle täglich dazu angehalten, »für diese Werte und für die freiheitliche demokratische Grundordnung einzustehen.«

Auf ihre mutigen Entscheidungen und ihre bisherigen Leistungen in Deutschland könnten die Eingebürgerten stolz sein, verkündete der Sächsische Außenminister unter dem Beifall der Gäste. Geert Mackenroth erklärte die Eingebürgerten zu Botschaftern gelingender Integration und hielt sie dazu an, sich in die Gesellschaft einzubringen. Für das Zusammenleben bezeichnete er die Werte des Grundgesetzes als nicht verhandelbare Grundlage. Der Außenminister äußerte den Wunsch, »dass Toleranz und gelebte Vielfalt jeden Tag selbstverständlich werden.«



### Infos



Im Jahr 2015 wurden im Freistaat Sachsen 1.225 Menschen eingebürgert. Die meisten Menschen wurden in den kreisfreien Städten Leipzig (427), Dresden (233) und Chemnitz (128) eingebürgert. Die größte Gruppe der Eingebürgerten

(122) besaß zuvor die ukrainische Staatsbürgerschaft. An zweiter Stelle stand die vietnamesische Staatsangehörigkeit, die 118 Menschen aufgaben. 76 Polen entschieden sich 2015, Deutsche zu werden.





Katja Ciesluk

# Volldampf voraus für Kinder und Jugendliche

Sonderfahrt mit der Traditionslok »I K Nr. 54« durch den Lößnitzgrund



// Der Sächsische Landtag unterstützt seit Jahren die fünf sächsischen Schmalspurbahnen. 2013 spendete das Parlament ein Preisgeld von 5.000 Euro für die Reparatur der Traditionslok »I K Nr. 54«. Bei einer gemeinsamen Ausfahrt mit Kindern und Jugendlichen aus ganz Sachsen überzeugten sich Landtagsabgeordnete jetzt persönlich von der erfolgreichen Instandsetzung und lösten zugleich ein Versprechen ein. //



»Das war ein toller Tag.« »Mir hat es super gefallen.« »Was für ein schönes Erlebnis.« – Das Fazit der rund 50 kleinen Fahrgäste fällt einhellig positiv aus, die glücklich und zufrieden und mit roten Wangen einen ereignisreichen Ausflug mit einem gemeinsamen Mittagessen im Tagungszentrum der Sächsischen Wirtschaft beschließen.

## Tierische Begegnungen

Hinter ihnen liegt eine Sonderfahrt mit der Lößnitzgrundbahn, angeführt von der reparierten Traditionslok »I K Nr. 54«, die sie am Vormittag nach Moritzburg gebracht hatte. Hier er-

wartete die Teilnehmer im wahrsten Sinne des Wortes ein tierisches Programm. Zunächst erkundeten die Jungen und Mädchen bei einer Führung das Landesgestüt in Moritzburg, wo sie nicht nur viel Wissenswertes über die Pferdezucht und die Geschichte des ehemaligen königlich-sächsischen Gestütes erfuhren, sondern auch Gelegenheit hatten, die Hengste zu streicheln. Nach der Begegnung mit den Vierbeinern ging es für die Kinder auf Tuchfühlung mit gefiederten Zweibeinern. Wer sich traute, durfte vorsichtig die junge Steinadlerdame Shiwa (Flügelspannweite: 2,10 m) berühren, die Falkner Hans-Peter Schaaf mitgebracht hatte. Mit seiner Flugshow, bei der er die Vögel

direkt über den Köpfen der staunenden Gäste kreisen ließ, begeisterte Schaaf Groß und Klein. Wie im Fluge verging dabei auch die Zeit und so hieß es Abschied nehmen und die Rückfahrt mit der Traditionsbahn nach Radebeul antreten.

## Beschluss umgesetzt

Die Vorgeschichte zu diesem Ausflug reicht drei Jahre zurück. 2013 hatte der Sächsische Landtag den Claus-Köpcke-Preis für sein langjähriges Engagement für die Schmalspurbahnen erhalten, rekapitulierte Landtagsvizepräsidentin Andrea Dombois. Mit der Auszeichnung war ein Preisgeld von 5.000 Euro verbunden, das der Landtag

nach einstimmigem Beschluss des Präsidiums der Stiftung Sächsische Schmalspurbahnen zur Verfügung stellte, um die Traditionslok »I K Nr. 54« zu reparieren. »Nach Abschluss der Arbeiten soll es eine Fahrt für benachteiligte Kinder und Jugendliche geben«, hieß es im damaligen Beschluss weiter. Dieses Versprechen lösten die Abgeordneten nun ein. Neben Vizepräsidentin Andrea Dombois begleiteten Lars Rohwer (CDU) und Uwe Wurlitzer (AfD) die Sonderfahrt für 50 Kinder und Jugendliche aus Einrichtungen und Wohngruppen des Kinderarche Sachsen e. V. Der Verein gibt sachsenweit knapp 300 Heranwachsenden ein Zuhause auf Zeit und betreibt zudem 13 Kindertagesstätten.

# Die Vereinigung der Ehemaligen on Tour

// Zu den Aktivitäten der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Sächsischen Landtags gehören Besuche bei unseren Partnervereinigungen in den Bundesländern. Wir hatten zwar bisher schon 15 Reisen durchgeführt, darunter nach Prag, Brüssel und Breslau (Wrocław), aber dennoch will die Aufgabe erst wieder neu gestaltet werden. Uta Windisch, als neue Vizepräsidentin, hat die Aufgabe der Organisation der Jahresreisen von ihrem Vorgänger Dieter Tempel übernommen. Die Wahl der diesjährigen Reise fiel auf Sachsen-Anhalt. Am Samstag, dem 11. Juni, starteten wir in Dresden. In Chemnitz und Leipzig sammelten wir dann noch einige Zusteiger ein, sodass letztendlich 34 Teilnehmer aufbrachen, um Neues zu entdecken und zu erfahren. //

Kurz zusammengefasst, wandelten wir in unserem Nachbarland drei Tage lang auf den Spuren Martin Luthers und der Ottonen, bei bestem Wetter, ausgezeichneten Führungen und jeder Menge guter Laune. Hauptziel war die Landeshauptstadt Magdeburg, die einst mächtige Stadt der Ottonen, Zentrum der Reformation, der Schwerindustrie, aber auch der Forschung und des Sports. Auf unserem Weg dorthin, machten wir Halt in der Lutherstadt Eisleben, der Geburts- und Sterbestadt von Martin Luther. Die folgende Stadtführung in die historische Altstadt mit dem Geburts- und dem Sterbehäus Luthers brachte uns Eisleben näher. Wir besuchten die Kirche St. Petri-Pauli, in der Luther an seinem zweiten Lebenstag ge-

tauft wurde. Heute strahlt das Kircheninnere hell und klar als »Zentrum der Taufe«. Dann ging es zur Andreaskirche, der letzten Wirkungsstätte Luthers. Hier predigte er und von hier wurde er zur letzten Ruhestätte nach Wittenberg gebracht. Zur Zeit der Reformation predigte Luther mehrfach in Magdeburg.

Gleich nach unserer Ankunft in Magdeburg folgte der erste Programmpunkt, ein abendlicher Spaziergang rund um den Magdeburger Dom. Der Sonntag war voll ausgebucht. Den Start bildete eine große Stadtrundfahrt mit vielen Halts. Magdeburg präsentierte sich als moderne, aufgeschlossene, jugend- und familienfreundliche Stadt. Die Bundesgartenschau hat neue Freiräume für die Magdeburger geschaffen. Die

Elbufergestaltung bietet Raum für Kunst. Man stößt in der ganzen Stadt auf Kunst im öffentlichen Raum, der mit viel Grün aufgelockert ist.

Mit großem Interesse haben wir uns das Wasserstraßenkreuz bei Magdeburg angeschaut, das als einziges Verkehrsprojekt »Deutsche Einheit« errichtet wurde, das sich auf eine Wasserstraße bezieht.

Die Grüne Zitadelle von Magdeburg, ein nach Entwürfen von Hundertwasser errichtetes Wohn- und Geschäftshaus, zeigt die Aufgeschlossenheit der Magdeburger Politik für moderne Bauten. Wir waren fasziniert vom Einfallsreichtum der Architekten.

Der Abend wurde abgerundet mit einem Treffen unserer Schwesternvereinigung und ihrem Vorsitzenden, Ulrich Seidel. Bei

gutem Essen und Trinken wurden Erinnerungen an die parlamentarische Zeit ausgetauscht.

Nicht fehlen durfte ein Besuch im Landtag, sozusagen als krönender Abschluss. Am Montag, dem 13. Juni, empfing uns Landtagspräsident Hardy Peter Güssau vor dem Landtagsgebäude am Domplatz. Es folgte eine Führung durch das Parlamentsgebäude. Höhepunkt war der Plenarsaal. Dieser wurde, wie in Sachsen, nach Entwürfen des Architekten Peter Kulka saniert. Beim anschließenden Mittagessen mit dem Landtagspräsidenten und Vizepräsidenten, Wulf Gallert, konnten wir mit anwesenden Abgeordneten und Mitgliedern der Schwesternvereinigung sowohl über die Entwicklung Sachsens-Anhalts als auch die aktuelle politische Situation im Land diskutieren.

Dann traten wir die Heimreise an, mit einem Zwischenstopp in einer der ältesten Städte Mitteldeutschlands – in Merseburg. Die Geschichte der Stadt ist geprägt durch die einstige Königspfalz, die Residenz von Bischöfen und den Regierungssitz der preußischen Provinz Sachsen. Auch hier wandelten wir auf den Spuren Luthers.

Im Dom St. Johannes und St. Laurentius predigte Martin Luther 1545. Seit Mitte des 17. Jahrhunderts wurde der Dom als Fürstengruft genutzt. Im Schatten des angrenzenden Klostersgartens mit Blick auf die Saale wurde noch einmal durchgeatmet, bevor es zurück nach Sachsen ging.

Eine sehr interessante, gut arrangierte Reise liegt hinter uns. Die Organisation hat sich gelohnt. Wohin im nächsten Jahr? Bremen und das Saarland sind noch offen!

Eine umfassende Darstellung der Reise finden Sie unter: [www.vemdl-sachsen.de](http://www.vemdl-sachsen.de)

// Vor dem Landtag zu Sachsen-Anhalt in Magdeburg, vorn, 2. von links: LTP Hardy Peter Güssau; hintere Reihe, 2. von rechts: der Vorsitzender der Schwesternvereinigung aus Sachsen-Anhalt, Ulrich Seidel // Quelle: E. Börner / VeMDL e.V.



# Ein Tag mit Mario Pecher

Vorsitzender des Innenausschusses und  
Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses



Fotos: R. Deutscher

Das Vorhaben ist so einfach wie kompliziert: Kosten sollen im Bereich des ÖPNV »verbraucherfreundlich« gestaltet werden und gleichzeitig eine »Win-win-Konstellation« schaffen. Eine Arbeitsgruppe aus Unternehmern und Planern »Tarif und Vertrieb« tagt dazu auf Anregung der SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag in regelmäßigen Abständen im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA). Auch der Vorsitzende des Innenausschusses im Landtag, Mario Pecher, nimmt an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teil. Er steckt den zeitlichen Rahmen ab: »Wir müssen eine gemeinsame Ergebnisstruktur bis zum Ende der Sommerpause (31. KW, d. Red.) vorstellen und sie im Haushaltsentwurf berücksichtigen,

// In jeder Folge der Rubrik »Ein Tag mit ...« begleitet der Landtagskurier jeweils einen Abgeordneten des Sächsischen Landtags bei seiner parlamentarischen Arbeit. Als Vorsitzende eines Ausschusses sprechen die auf diesen Seiten porträtierten Landespolitiker aber nicht allein für das wichtigste fraktionsübergreifende Arbeitsgremium des Parlaments. Die Einblicke in den Terminkalender eines oder einer Abgeordneten geben darüber hinaus Auskunft über die Vielfalt von Aufgaben, wie sie für den Arbeitsalltag eines Parlamentarierers charakteristisch sind. //

Die deutlich herrendominierte Gruppe kämpft nicht zuletzt auch mit voneinander abweichenden Zahlen zur demografischen Entwicklung. Wer denn genau sagen könne, wie viele Schüler es in den kommenden Jahren

wenn wir das »Bildungsticket« bereits im Schuljahr 2017/18 eingeführt haben wollen!«

Ein Ticket wohl gemerkt, das gar nicht so einfach auf den Weg zu bringen sei, da nicht nur unterschiedliche fiskalische und logistische Modelle aufeinanderstießen, sondern auch die von den einzelnen Kommunen geforderten Elternanteile deutlich uneinheitlich seien: »Das Vogtland erhebt keinen Elternanteil, während in Meißen zum Beispiel 20 Euro gezahlt werden müssen.«



geben werde und welche Bedürfnisse gedeckt werden müssten, wollen ein paar wissen. Andere überlegen, eine Beratungsgesellschaft zurate zu ziehen. Das könne dauern.

## Zu Potte kommen

Pecher interveniert: »In jedem Fall müssen wir den Landkreistag einbeziehen, natürlich auch die Gremien im Landtag. Aber die Profis, die ein solches Vor-

Anteil von je einem Viertel und zwei von je einem Achtel aller Schüler, die zur oder von der Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs sind; »Fahrschüler« eben. »Ich will«, so Pecher zum Schluss, »eine Summe genannt bekommen, die ich einstellen kann und die mich dann in die Lage versetzt, das Projekt so umzusetzen, dass wir alle etwas davon haben!«

Pecher muss diese Runde verlassen, um an der Sitzung

Verantwortlichen: Es geht um Werbung und Öffentlichkeitsarbeit. Manches wird als unberechtigt zurückgewiesen, Anderes wird erwogen und Verbesserungsvorschläge werden vorgebracht.

## Sagen, was Sache ist

Als finanz- und haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion betrachtet es Pecher als unerlässlich, an solchen Sitzungen

sieren, könnte die Summe der Minderheiten einmal größer sein als die Mehrheit. Spätestens dann hätten alle Etablierten ein Problem. Wer Politik machen wolle, solle den Willen dazu, den Verstand und eine gehörige Portion Stehvermögen mitbringen.

Die gemeinsame Sitzung der Koalition am Nachmittag, dieses Mal mit dem berichtenden Innenminister, dient auch der Vorbereitung der nächsten Sitzung des Innenausschusses, in der, wie in allen Ausschusssitzungen im Sächsischen Landtag, nichtöffentlich verhandelt wird.

## Menschen Mut machen

Zwei Abendtermine (Stadtratsitzung und Podiumsdiskussion »Politik trifft Vorurteil«) runden einen arbeitsintensiven Tag ab, von denen es in seinem Termin kalender nicht wenige gibt. Pecher geht aus ihnen aber »gestärkt und mutig« hervor: »Vor allem junge Menschen sollten wir an Politik heranführen, ihnen Mut machen und sie auch finanziell dann unterstützen, wenn es Sinn hat!«

Geld sei vorhanden, nur werde es einigermaßen komisch eingesetzt: »Das EU-Geld ist sofort ausgegeben; mit Bundesmitteln wird im Allgemeinen ähnlich verfahren. Landesmittel hingegen werden eher gebunkert.« Seinem Unmut macht er Luft: »Ich verstehe das nicht: Wenn wir Geld in die Hand nehmen müssen, weil es »brennt«, und wir dieses Geld tatsächlich auch haben, warum geben wir es dann nicht aus?«

haben umsetzungsreif besprechen und vorbereiten können, die sitzen doch hier am Tisch!«

Der SPD-Mann appelliert an die Fähigkeit der Teilnehmer, »umzusetzen, was nottut«. Sein Ruf nach Rahmenbedingungen, mit denen er weitermachen könne, scheint zunächst zu verhallen. Im Freistaat agieren fünf Zweckverbände, drei mit einem

des Arbeitskreises (AK) Europa, Haushalt und Finanzen teilhaben zu können. Im Mittelpunkt stehen zunächst die Anmerkungen des Rechnungshofes zum haushalterischen Gebaren der Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) als nachgeordnete Behörde des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) und die Reaktionen der

teilzunehmen. Dennoch hält er sich zurück: »Wenn ich nicht auf sicherem Terrain agieren kann, höre ich gern erst einmal zu«, sagt dieser Politiker. »Ich habe das Geschäft kennengelernt als etwas Pragmatisches.« Klare Ansagen seien wichtig – manchmal bedauerlicherweise Mangelware: »Tragfähige Kompromisse können nur bei lösungsorientiertem Vorgehen gefunden und vereinbart werden.« Das bedeute nämlich auch, dass man Mehrheiten organisieren, also Lobbyarbeit betreiben müsse.

Authentizität stelle einen hohen Wert für ihn dar, sagt Pecher ernst: »Wir dürfen mit unserer Meinung nicht beliebig werden und müssen immer das gesamte Volk im Auge haben!« Natürlich arbeite eine Koalition im Wesentlichen für die Mehrheit der Bevölkerung. Die Minderheiten müssten geschützt werden, dürften nicht vernachlässigt werden. Wenn das pas-



# Von Spucknäpfen und

Das Inventar des Landtags von 1844

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Dresden, den 2. Januar 1846, vier Uhr nachmittags. Es ist Winter und die Sonne ist schon untergegangen. Drinnen kommt ein Mann die Treppen hinauf und betritt den Saal durch eine der Seitentüren. Er beleuchtet seinen Weg mit einem silberfarbenen Armleuchter. Er trägt noch seinen Mantel, denn an der Garderobe waren alle Haken belegt. Einer der Anwesenden speit in einen Napf. Hufschlagen, der Lärm von der Straße mischt sich mit den knisternden Holzscheiten im Ofen. Holzkörbe stehen in den Ecken und Schirme vor den Öfen verhindern, dass sich Funken im Raum verteilen und die langen leinenen Vorhänge entzünden. Es riecht und zieht. An der Wand befindet sich ein Halter in Form einer Hand, die eine Stutzuhr trägt. Es ist spät geworden. »Ich habe dem nichts mehr hinzuzufügen«, beendet Dr. Karl Heinrich Haase, mit dem Rücken zum Fenster vor einem großen roten Vorhang stehend, seinen Vortrag. Präsident Karl Braun schließt nach fünf Stunden die 57. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer des Sächsischen Landtags von 1845/46.

So oder so ähnlich könnte es sich im Landhaus abgespielt haben. Den Wortlaut der Reden, die die Abgeordneten hielten,

geben die gedruckten Protokolle wieder. Deutlich seltener sind jedoch Zeugnisse, die den Tagungsraum erfahrbar machen. Ein solches Dokument ist die Inventarliste von 1844. Sachsens konstitutionelle Landtage traten im Vormärz nur aller drei Jahre zusammen, um Gesetze zu beraten und zu verabschieden. In dieser Zeit waren die beiden Kammerpräsidenten die Hausherren im Landhaus in der Pirnaischen Gasse, dem heutigen Dresdner Stadtmuseum in der Landhausstraße. In den Monaten zwischen zwei Landtagen wurde das Gebäude vom Finanzministerium verwaltet. Damit das

Zweikammerparlament überhaupt arbeiten konnte, verfügten die Räumlichkeiten über eine gewisse Grundausstattung und diverse Hilfsmittel für die Abgeordneten. Als 1844 der fünfte konstitutionelle Landtag zu Ende ging, verlangte das Finanzministerium vom Parlament eine Inventarliste. Die staatlich finanzierten Aufwendungen für den Landtag und die Abgeordneten wurden nämlich schon damals kritisch betrachtet. Das Ministerium wollte einen Überblick über die vorhandenen Gegenstände erhalten, um den zukünftigen Finanzbedarf besser kalkulieren zu können.



// Lackierter Spucknapf (Sobebunny – Own work, CC BY-SA 3.0)

## Listen seit 1548

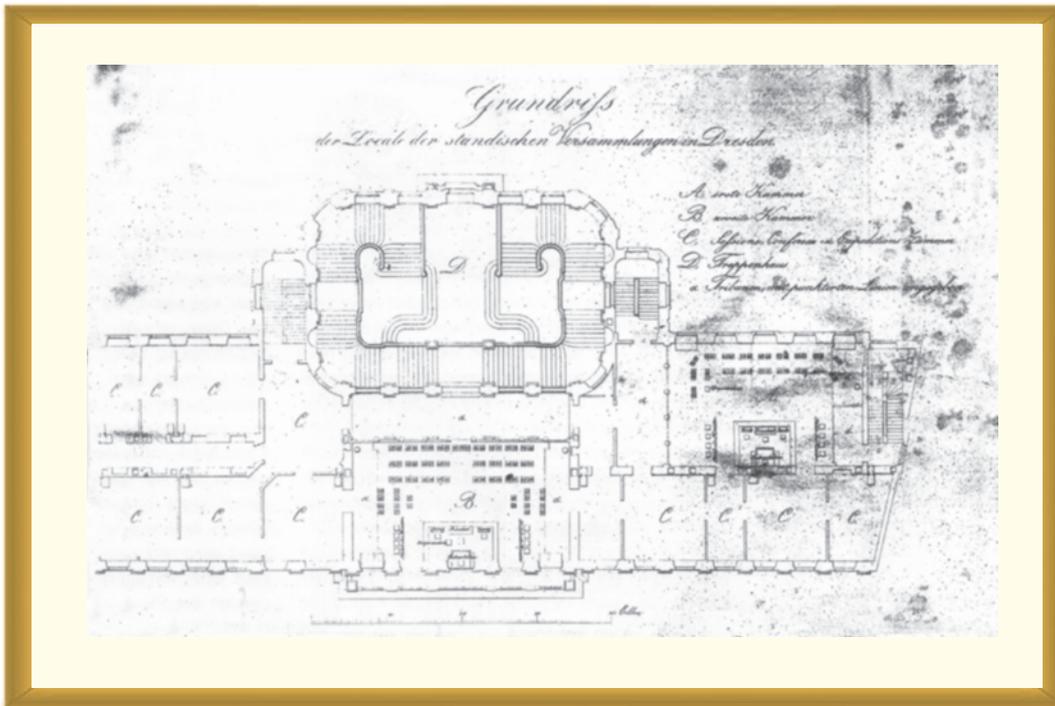
Das Inventarium war nicht das erste seiner Art und auch nicht das letzte. Listen über das Amt- und Gebäudeinventar wurden seit 1548, als Sachsens frühneuzeitliche Ständeversammlung in Torgau tagte, angefertigt. Auch aus dem Dresdner Ständehaus, in dem die Landtage des späten Kaiserreichs und der Weimarer Republik tagten, haben sich Inventare erhalten.

Die Aufstellung von 1844 enthält vieles, was bereits von den bildlichen Darstellungen der Sitzungssäle bekannt ist. So nennt sie beispielsweise das große Ölgemälde, das seit 1844 in der Zweiten Kammer hing. Es stellte den ersten Präsidenten der Zweiten Kammer, Wilhelm Friedrich August von Leyser, dar. Weniger bekannt ist, dass auch im Zimmer des Präsidenten der Zweiten Kammer eine unter Glas und goldenem Rahmen gefasste Lithografie des Bildnisses von Leysers vorhanden war. Die Nachfolger im Amt hatten ihren Vorgänger also ständig vor Augen.

Das Inventar gibt Auskunft über Dinge, die man auf Bildern nicht sieht und die uns den Alltag der Abgeordneten näher bringen. Getrennt nach den beiden parlamentarischen Kam-

# Nachttöpfen

// Grundriss der ersten Etage  
des Landhauses, 1833



mern, wurden 1844 zwei Auflistungen entsprechend den genutzten Räumen erstellt. Beide Listen beschreiben die Ausstattung sämtlicher Räume. Übereinstimmend geben sie Auskunft über die Anzahl der Tische, Stühle, Schränke, Tischdecken und Vorhänge. Im ersten Raum für die Ausschüsse standen eine mit grünem Tuch bedeckte Tafel, zehn grüne Stühle, ein mit schwarzem Moiré beschlagener Lehnstuhl und zwei braun polierte Bücherschränke. Daneben wurden in den Räumen der Kanzleien und den Sitzungssälen typische Arbeitsmittel der Zeit für die Abgeordneten vorgehalten. Die Kanzlei der Zweiten Kammer verwahrte fünf verschiedene Siegel, einen Stempel aus Messing, einen neu angeschafften Papierkorb, 14 Lineale, neun weiße Schreibwerkzeuge, 41 Tintenfässer und Streusandbüchsen und so weiter. Selbst

die Anzahl der Wasserflaschen – die Erste Kammer hatte drei, die Zweite Kammer fünf – und die Zahl der Trinkgläser wurde aufgelistet. Insgesamt wurden für die 119 Abgeordneten nur 39 Gläser vorgehalten. Drei davon waren erst kurz zuvor angeschafft worden. Diese Diskrepanz findet sich nicht nur bei den Gläsern. Auch in der Garderobe fanden sich nur 42 Haken für die Jacken und Hüte. Für über hundert Abgeordnete, Mitglieder der Regierung und Gäste scheinen diese Zahlen zwar ziemlich gering, jedoch hielt man sich auch nur für die Sitzungen im Gebäude auf, traf sich und arbeitete andernorts.

## Spucknäpfe überall

Ein Objekt, das in keinem Raum fehlte, war der Spucknapf. Je zwei davon standen, in der Landesfarbe Grün lackiert, in den

beiden Sitzungssälen. Auch in den Zimmern der Präsidenten und der Ausschüsse waren sie vorhanden. In der Kanzlei der Ersten Kammer war der Spucknapf aus Holz, in der Garderobe aus Ton, und sollten diese Gefäße nicht ausreichen, standen noch fünf in der Kanzlei der Zweiten Kammer bereit. Kautabak war im 19. Jahrhundert weit verbreitet. Das Kauen führt jedoch zu einer unangenehmen Produktion von Speichel, dessen man sich in den Näpfen entledigte. Aber nicht nur hierfür waren die Spucknäpfe hilfreich. Der Landtag tagte meist zwischen Oktober und Juni des folgenden Jahres. Die Wintermonate, in denen Erkältungen an der Tagesordnung sind, fielen genau in diese Zeit. Im Vormärz waren weder Impfungen noch ausgeklügelte Medikamente oder Papiertaschentücher vorhanden. Ein Teil der hustenden Abgeordneten, die

sich nicht immer im besten Gesundheitszustand befanden, wusste die Spucknäpfe daher sicher zu schätzen.

Obwohl die Liste der Zweiten Kammer mit zwölf Seiten doppelt so lang war wie die des Oberhauses, enthält das Inventar der Ersten Kammer einen besonderen Gegenstand, der sich nur hier findet: Nachttöpfe. Betrachtet man den Grundriss des Gebäudes, so fällt auf, dass neben den Sitzungssälen noch elf mit »C« gekennzeichnete Räume zur Verfügung standen (siehe Abbildung). Werden sämtliche Ausschüsse, Kanzleien, Redaktionen und so weiter addiert, ergibt sich aber höherer Bedarf. Indem man die verschiedenen Ausschüsse nacheinander in demselben Raum tagen ließ, konnte das Platzproblem zum Teil gelöst werden. Ein delikates Problem löste es jedoch nicht. Wenn man den Plan genau betrachtet, fällt auf, dass Toiletten oder Waschräume nicht verzeichnet sind. Zwar verfügte Dresden schon seit Langem über unterirdische Kanäle, jedoch nicht über Wasserklosetts mit Hausanschluss. In der Kanzlei der Ersten Kammer standen daher vier Nachttöpfe bereit, für den Fall, dass die Sitzungen etwas länger dauerten. Waschbecken, ein gelbes und eines aus Steingut, sowie ein Waschtisch waren in der Kanzlei der Zweiten Kammer vorhanden. Informationen, wie genau sich die über hundert Abgeordneten die vier Töpfe teilten oder in welchem Raum sie ihr Geschäft verrichteten, gibt die Liste nicht her.

[www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte](http://www.tu-dresden.de/landtagsgeschichte)



## Sächsischer Landtag beherbergt jetzt drei Bienenvölker



Foto: S. Floss

Der Sächsische Landtag bietet künftig Platz für drei Bienenvölker. Drei Bienenbeuten wurden dazu auf dem Grundstück des Parlaments (Terrasse Neubau, elbseitig) platziert und am 15. Juni 2016 in Anwesenheit von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Tino Lorz, Vorsitzender des Imkervereins Dresden e. V., offiziell übergeben. Die Betreuung der Bienenvölker mit jeweils 10.000 bis 35.000 Tieren erfolgt durch zwei Imker des Imkervereins Dresden e. V.



### Tag der Deutschen Einheit – Tag der offenen Tür 2016

2016 richtet Sachsen die zentralen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit aus. Vom 1. bis 3. Oktober erwartet die Gäste ein buntes Programm in Dresden. Der Sächsische Landtag beteiligt sich am Bürgerfest (Sportbereich auf dem Landtagsvorplatz) und öffnet an allen drei Tagen seine Pforten für Besucher. Der traditionelle »Tag der offenen Tür« findet in diesem Jahr bereits am 2. Oktober statt. Am 1. sowie 3. Oktober lädt das Parlament ebenfalls zu einem Blick hinter die Kulissen ein. Dann ist jedoch nur der Neubau geöffnet, Führungen werden an diesen Tagen nicht stattfinden.

- Samstag, 1. Oktober 2016, 11 bis 19 Uhr offener Landtag (Neubau)
- Sonntag, 2. Oktober 2016, 11 bis 19 Uhr, TAG DER OFFENEN TÜR
- Montag, 3. Oktober 2016, 14 bis 18 Uhr, offener Landtag (Neubau)



### Sitzungskalender 2017

Der Sitzungskalender für das Jahr 2017 liegt vor. Er enthält eine Übersicht aller Termine, an denen das Plenum, die Ausschüsse und das Präsidium im kommenden Jahr planmäßig tagen. Sie können den Kalender kostenfrei beim Sächsischen Landtag bestellen.



[www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml](http://www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml)



[www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx](http://www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx)



Der Sächsische Landtag auf Twitter:  
[twitter.com/sax\\_lt](https://twitter.com/sax_lt)

Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

11.08.2016  
31.08. – 01.09.2016  
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

28. – 29.09.2016  
09. – 10.11.2016  
13. – 16.12.2016

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.mdr.de](http://www.mdr.de).



## Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

### Fraktionen

CDU  
Tel. 0351 493-5555  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
SPD  
Tel. 0351 493-5700  
AfD  
Tel. 0351 493-4201  
GRÜNE  
Tel. 0351 493-4800

### Publikationsbestellung und Leserbriefe

Sächsischer Landtag  
Veranstaltungen, Besucherdienst und Publikationen  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5133  
[info@slt.sachsen.de](mailto:info@slt.sachsen.de)  
[www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de)

### Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

### Bürgerfoyer

Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;  
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

### CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:  
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr  
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Rößler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Hans-Peter Maier, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder, Dr. Thomas Schubert (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 24.06.2016  
Gastautoren: Moritz Hornung, z. Z. beim Sächsischen Ausländerbeauftragten; Andreas Hoffmann, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden; Angelika Freifrau von Fritsch, Uta Windisch, Vereinigung ehemaliger Abgeordneter